

# ***DIE LINKE.***

## **i n K a r b e n**

**Da regen sich ja die Richtigen auf!**

SPD und Grüne sowie CDU und FDP schieben sich gegenseitig die Schuld zu, wer den hessischen Kommunen die finanzielle Handlungsfähigkeit geraubt hat. Dabei sind sie es selbst, die in Bundes-, Landes- und Kreiskoalitionen für Mittelstreichungen verantwortlich sind. Die SPD stellte im Stadtparlament einen Schau-Antrag: sie fordert die hessische Landesregierung auf, die vorgenommene Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs von 350 Millionen zurückzunehmen. DIE LINKE hat dem zugestimmt, denn das wäre ein richtiger Weg...wenn man es ernst

*Fortsetzung Seite 2*

Juli/August 2014/Nr. 34

## **Friedhofsgebühren steigen heftig**

**„Auch der Tod ist nicht umsonst“, heißt ein Sprichwort. Doch jetzt steigen die Friedhofsgebühren teilweise um das Doppelte. Kann man sich den Tod noch leisten?**

In den letzten Jahren hat sich die Urnenbestattung immer mehr durchgesetzt. Dies ist eine würdige und kostengünstige Bestattungsmöglichkeit. Letzteres ist nicht unwichtig, denn

auch die kommunalen Gebührenerhöhungen zwingen viele Bürger/innen zum Sparen.

Doch jetzt steigen die Kosten für eine Urnenkammer

*Fortsetzung auf Seite 2*

## **Keine Vilbeler Machart in Karben!**

**Will die Karbener Koalition dem Beispiel Bad Vilbels folgen und die Gewerbesteuer in 2015 senken?**

Anstatt den Hebesatz für die Gewerbesteuer im Jahr 2014 zu erhöhen, wurden den Bürgerinnen und Bürgern eine höhere Grundsteuer B aufgebrummt. Dadurch konnten die 700000

Euro aufgebracht werden, die für einen ausgeglichenen Haushalt noch fehlten. DIE LINKE. stellte im Januar den Antrag, die Gewerbesteuer auf 400 Punk-

*Fortsetzung auf Seite 2*

Fortsetzung von Seite 1

## Friedhofsgebühren steigen heftig

von 400 Euro auf 800 Euro.

Die Gebührenerhöhungen der bürgerlichen Koalition belasten die Bürger/innen zunehmend, weil immer mehr Positionen des Karbener Haushalts kostendeckend werden sollen. Gezahlt wird künftig nach dem Verursacherprinzip. Ob vermögend oder nicht: alle Bürger/innen zahlen denselben Preis.

Die Schuldenbremse nut-

zen viele Kommunen, um sich von einer gemeinschaftlichen Finanzierung der städtischen Leistungen zu verabschieden. Es gilt nicht mehr das Solidarprinzip. Sondern auch kommunal werden höhere Einkommen geschont und so Vermögen von unten nach oben umverteilt.

Was sollen Menschen tun, die sich die hohen Gebühren nicht leisten können? Schulden aufnehmen? Auf das Sterben verzichten?

Fortsetzung von Seite 1

## Keine Vilbeler Machart in Karben!

te zu erhöhen, damit die Karbener Gewerbetreibenden von ihren Gewinnen einen Beitrag abgeben, um sich an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Dieser Antrag wurde im Stadtparlament abgelehnt.

Jetzt wurde bekannt, dass unsere Nachbarstadt Bad Vilbel ihren Gewerbesteuer-

satz sogar senken will. Mit der Begründung, dadurch mehr Firmen anzulocken und somit höhere Gewerbesteuern einzunehmen. Eine Milchmädchenrechnung! Wir befürchten, dass durch solche „guten“ Ideen eine Abwärtsspirale der Wetterauer Gewerbesteuersätze in Gang gesetzt wird. Das würde allen Kommunen schaden.

Fortsetzung von Seite 1

## Da regen sich ja die Richtigen auf!

meinen würde. Auch ist es richtig, dass für die Kinderbetreuung eine ausreichende Finanzausstattung durch das Land nötig ist. Aber nochmal: Wer ist es, der in Berlin und Wiesbaden auf Steuermilliarden verzichtet?

Allein die seit 15 Jahren überfällige Vermögenssteuer würde dem Land Hessen jährlich 1000 Millionen Euro Mehreinnahmen bringen. Mit diesem Geld bräuchten in Karben die kommunalen Gebühren nicht erhöht werden. Man könnte sie senken.

Es ist zu hoffen, dass die bürgerliche Koalition in Karben nicht blindlings den finanzpolitischen Fehleinschätzungen ihrer Vilbeler Lehrmeister folgt. Bei der Betonierung freier Karbener Grundstücke hat sich ja die Vilbeler Machart bereits voll durchgesetzt.

# Krieg wieder Mittel der Politik?

**Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg. Er brach nicht aus. Er wurde bewusst herbeigeführt. Ebenso wie alle heutigen Kriege. Es ging immer um die Aufteilung der Welt und der Rohstoffe. Jetzt legen deutsche Politiker wieder Feuer an die Lunte. (Nicht nur) In der Ukraine.**

Bundespräsident Gauck will, dass sich Deutschland militärisch engagiert. Nicht nur als Militärberater und Waffenexporteur sondern als kriegsführende Nation. Er verkauft uns das Ganze als „Kampf um Menschenrechte“. Da sei es „manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen“ und Verbrechen oder Despoten

zu stoppen. Dass dafür das Grundgesetz geändert werden müsste, das Angriffskriege verbietet, interessiert diesen Demokraten offensichtlich wenig. Ministerin Von der Leyen will da nicht nachstehen und trommelt für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen. Friedensnobelpreisträger

Obama bräuchte diese deutschen Politiker gar nicht von der NSA überwachen zu lassen: Sie sind treue Vasallen seiner aggressiven Außenpolitik.

*DIE LINKE* sagt: Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Den einfachen Menschen bringt das nur Tod und Leid. Man könnte ja auch eine andere Weltwirtschaftsordnung schaffen und Rohstoffe zu realen Preisen kaufen. Das bräuchte weniger Profit aber für die ärmeren Länder mehr Stabilität und Sicherheit. Besonders die explosive Lage in der Ukraine erfordert, dass verhandelt wird - unter Einbeziehung Russlands. Deeskalation ist jetzt das Wichtigste!



Karikatur: Ki.

Mindestlohn:

## Zu niedrig und zu viele Ausnahmen

**DIE LINKE** beantragte im Bundestag einen flächendeckenden und gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Doch **CDU/CSU** und **SPD** legten ein Gesetz vor, das einen viel zu niedrigen Mindestlohn mit Hintertürchen und Ausnahmen bringt.

Wer für einen Mindestlohn von 8,50 Euro 40 Stunden in der Woche arbeitet, hat

am Monatsende ca. 1500 Euro. Dann muss man 43 Jahre Vollzeit arbeiten, um auf eine Rente in Höhe von Hartz4 zu kommen.

Folgende Ausnahmen und Sonderregelungen gelten: Keinen Mindestlohn erhalten Jugendliche unter 18 Jahren, Langzeitarbeitslose während der ersten sechs Monate einer Beschäftigung, Praktikanten für die ersten drei Monate. Zei-

tungszusteller/innen sollen bis 2017 generell angenommen sein. 2015 liegen sie bis zu 25 Prozent unter dem Mindestlohn, 2016 bis zu 15 Prozent. Ausgenommen sind auch Saisonarbeiter/innen. Sie können bis zu 70 Tage sozialabgabefrei beschäftigt sein. Kost und Logis dürfen vom Lohn abgezogen werden.

**Merke: Ein Mindestlohn ohne Ausnahmen ist nur dann ein Mindestlohn ohne Ausnahmen, wenn der Mindestlohn keine Ausnahmen hat.**

## Armut ist kein Randproblem

Nach einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit gab es Ende 2013 bundesweit 6,04 Millionen Hartz4-Empfänger. Armut in einem reichen Land - in dem über Nacht Milliarden für die Bankenrettung bereitstehen, jedoch für Beschäftigungsprogramme das Geld fehlt.

Von diesen sechs Millionen Menschen erhielten 2,82 Millionen (47%) diese karge Unterstützung schon mindestens seit 2009. Bei arbeitslosen Menschen über 50 Jahren steigt die-

ser Prozentsatz nochmal an: 63,5% sind seit 2009 auf Hartz4 angewiesen.

**Armut dient als Druckmittel**

Der Kölner Sozialwissenschaftler Christoph Butter-

wegge stellt fest, dass Armut als soziale Drohkulisse dient. Erwerbslose und Arbeitnehmer werden gleichermaßen unter Kontrolle gehalten. Jeder hat Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Armut ist ein wirksames Disziplinierungsinstrument. Nur so konnten Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet werden.